

## **“Politiker müssen sich stärker in Geduld üben können als Firmenvorstände“**

Interview S.D. des Erbprinzen von und zu Liechtenstein für das Staatsfeiertags-Magazin 2018  
des Liechtensteiner Volksblatts

Interview: Doris Quaderer, Chefredaktorin

Erscheinungsdatum: 9. August 2018

---

***Volksblatt: Das Staatsfeiertagsmagazin steht unter dem Motto «Staatsgewalten». Wenn man die klassische Gewaltentrennung hernimmt, wo wäre eigentlich das Fürstenhaus anzusiedeln?***

S.D. Erbprinz Alois: Die klassische Gewaltenteilung trennt die Staatsgewalten in die Legislative, Exekutive und Judikative, wobei sie zwischen den Gewalten auch Verbindungen im Sinne von «Checks and Balances» (Überprüfung und Ausgleich) vorsieht. D.h., dass viele Staatsorgane nicht nur wie die Richter in einem Bereich Tätigkeiten ausüben, sondern in verschiedenen Bereichen tätig sind. Dies gilt auch für den Fürsten bzw. dem Staatsoberhaupt in Liechtenstein, dessen Aufgaben sich jedoch vorwiegend auf die Bereiche Exekutive und Legislative aufteilen.

***Volksblatt: Wären Sie manchmal gerne noch stärker in der Exekutive? So könnten Sie gewisse Reformen aktiver vorantreiben.***

S.D. Erbprinz Alois: Natürlich würde man ab und zu gerne Reformen beschleunigen. Andererseits ist es auch so, dass im staatlichen Bereich die Entscheidungsfindungsprozesse vielfach bewusst breiter ausgelegt und damit langsamer sind. Das führt zwar manchmal dazu, dass eine Reform zu spät angegangen oder umgesetzt wird. Insgesamt ist das aber sinnvoll, weil im Unterschied zu einem Unternehmen politische Entscheidungen von einem viel breiteren Personenkreis getragen werden müssen. Politiker müssen sich also stärker in Geduld üben können als Firmenvorstände.

***In welchen Bereichen würden Sie gerne mehr aufs Gaspedal drücken?***

In nächster Zeit wäre es wichtig, dass wir im Bereich der nachhaltigen Finanzierung der Sozialwerke einen Schritt weiterkommen. Den Fokus sollten wir dort vor allem auf den Bereich der Alterspflege legen. Ausserdem sollten wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf forcieren. Weiter sollten wir das Land auf die mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen möglichst gut vorbereiten und dabei auch das Bildungssystem optimieren und unsere Infrastruktur stärken. Schliesslich sollten wir den Transformationsprozess des Finanzplatzes zu einem erfolgreichen Ende bringen und die internationale Positionierung des Landes stärken.

***Am Geld sollten die Reformvorhaben nicht scheitern. Das Land Liechtenstein hat im vergangenen Jahr 170 Millionen Franken Gewinn gemacht. Die Zeiten des Sparens sind damit vorbei. Wäre es an der Zeit, den Bürgern wieder etwas zurückzugeben?***

Dieser Gewinn ist vorwiegend auf die gute Konjunktur und damit verbundene Börsengewinne zurückzuführen. Beides kann sich schnell ändern und ein Teil sind auch nur Buchgewinne, die bei einer Talfahrt der Börsen schnell wieder weg sind. Wir müssen weiterhin vorsichtig mit den Staatsfinanzen haushalten und dürfen jetzt nicht der Versuchung erliegen, die laufenden Kosten zu erhöhen. Käme wieder eine Rezession, müssten wieder Sparmassnahmen ergriffen werden.

***Es ist jedoch schwierig, den Bürgern zu erklären, weshalb diverse Gebühren und Beiträge erhöht wurden, während der Staat rund 1,7 Milliarden Franken auf der hohen Kante hat. Die Gemeinden haben zusätzlich noch rund eine Milliarde an Vermögen. Soll und darf ein Staat so hohe Reserven haben?***

Für Liechtenstein ist es sinnvoll, höhere Reserven zu haben als andere Staaten. Erstens ist die Volatilität des Staatshaushaltes in einem Kleinstaat grösser. Zweitens ist es für einen Kleinstaat ohne eigene Währung viel schwieriger sich international zu verschulden. Drittens ist die Stabilität des Staatshaushaltes ein wichtiger Standortvorteil von Liechtenstein.

Allerdings sind unsere Reserven mittlerweile derart hoch, dass man durchaus einen Teil investieren könnte. Sinnvoll wäre es meines Erachtens, sich Bereiche zu suchen, wo diese Mittel zum Vorteil eines möglichst grossen Kreises der Bevölkerung eingesetzt werden können und zwar ohne, dass man eine starke Erhöhung der laufenden Kosten verursacht.

***Wenn man nun aber die Krankenkassenprämien mit einem höheren Staatsbeitrag abfedern würde, dann käme das einem sehr grossen Teil der Bevölkerung zugute.***

Ja, aber nur auf eine bestimmte Dauer und dann ist das Geld weg. Und was macht man dann? Ausserdem müssen wir berücksichtigen, dass nicht alle Verpflichtungen direkt im Staatshaushalt ausgewiesen werden. Wir dürfen vor allem die Situation unserer Sozialversicherungen nicht ausser Acht lassen. Solange wir diese nicht auf eine wirklich nachhaltige finanzielle Basis gestellt haben, leben wir auf Kosten der zukünftigen Generationen. Wir sollten zuerst das in den Griff bekommen, bevor wir im grossen Stil Reserven auflösen. Das auf zukünftige Generationen abzuwälzen, wäre falsch.

***Wie meinen Sie das konkret? Den Staatsbeitrag an den AHV-Fonds hat man ja reduziert. Sollte man den wieder erhöhen, um die AHV zu entlasten?***

Nein, wenn man den Staatsbeitrag wieder erhöht, dann erhöht man wieder die laufenden Ausgaben. Dies würde nur einige Jahre funktionieren, bis die Reserven aufgebraucht sind. Ein sinnvoller Einsatz der Staatsreserven wäre z.B., im Falle der Einführung einer kapitalgedeckten Pflegeversicherung die Übergangsgenerationen in diese einzukaufen. So würde man in die Zukunft investieren, ohne die laufenden Kosten zu erhöhen.

***Diese laufenden Kosten müssten dann aber Arbeitgeber oder -nehmer tragen. Schliesslich würde die Pflegeversicherung ähnlich wie eine Pensionskasse funktionieren, in die laufend eingezahlt werden müsste.***

Ja, das ist unvermeidbar. Aber im Unterschied zur heutigen Pflegefinanzierung könnten durch eine Umstellung auf ein effizienteres Vorsorgesystem für die Alterspflege die laufenden Kosten insgesamt niedriger gehalten werden und mehr finanzielle Mittel für andere Gesundheits- oder Sozialbereiche zur Verfügung stehen.

***War denn die Reform des Krankenversicherungsgesetzes ausreichend oder müssten noch weitere Schritte folgen?***

Diese Reform hat schon mal einiges bewirkt. Es ist aber auch so, dass nicht alles, was ursprünglich angedacht war, in das Schlusspaket hineingenommen werden konnte. Es wäre mittelfristig sinnvoll, sich das nochmals anzuschauen. Aber ich bezweifle, dass es noch in dieser Legislaturperiode gelingen kann, ein neues KVG-Reformpaket zu schnüren.

***Stark gestiegen sind die Kosten im Bereich der Spitäler: Vor der Sommerpause wurde die Spitalstrategie im Landtag debattiert. Wie ist Ihre Haltung dazu? Braucht Liechtenstein ein eigenes Spital?***

Meiner Ansicht nach benötigen wir nicht unbedingt ein eigenes Landesspital und haben auch lange Zeit kein eigenes Landesspital gehabt. Ein Landesspital ist dann sinnvoll, wenn wir dadurch langfristig Spitalleistungen auf einem hohen Niveau zu möglichst niedrigen Gesamtkosten für die Volkswirtschaft sicherstellen können. Dies ist meiner Meinung nach nur möglich, wenn es gelingt, das Landesspital auf jene Leistungen auszurichten, für die angesichts der geringen Fallzahlen am liechtensteinischen Gesundheitsmarkt auch eine genügende Nachfrage bei der Bevölkerung vorhanden ist.

***Das Gesundheitsministerium hat eine Studie in Auftrag gegeben, die zum Schluss gekommen ist, dass es Sinn macht, ein Landesspital zu betreiben, in dem eine Grundversorgung angeboten wird. Können Sie dem etwas abgewinnen?***

Wenn in der Bevölkerung eine genügende Nachfrage für diese Grundversorgung besteht, kann ich dem etwas abgewinnen. Wir sollten aber schon genau prüfen, welche Gesundheitsleistungen oder Nischen hier in Liechtenstein sinnvoll angeboten werden können und welche nicht. Darüber hinaus wird man mit den Nachbarn kooperieren müssen, wie man es immer gemacht hat.

***Sie sprechen jetzt von Nischen und weniger von einem Grundversorgungsspital. Sollte das Landesspital sein Angebot reduzieren?***

Dazu gibt es Experten und unterschiedliche Meinungen. Ich glaube, das muss gut geprüft werden. Die Kernfrage muss bleiben, in welchen Bereichen wir trotz des kleinen Marktes ein hohes Niveau anbieten können. Denn die Liechtensteiner Bevölkerung erwartet einen hohen Standard. Vielleicht macht tatsächlich eine Fokussierung auf die Geriatrie (Altersmedizin) Sinn. Ab einem gewissen Alter könnte die vertraute Umgebung und eine gute Pflege möglicherweise eine grössere Rolle spielen als der letzte Stand der Technik, der das Leben dann oft nur unwesentlich und nicht immer im gewünschten Sinne verlängert.

***Das ist eigentlich das, was verschiedene Abgeordnete der Oppositionsparteien vorschlagen. Also fokussieren auf die Akutgeriatrie und den Rest in die Nachbarschaft auslagern?***

Ich bin zu wenig der Experte, um beurteilen zu können, welche Leistungen in einem Gesamtpaket Sinn machen. Aber - nur ein Spital, um des Spitalen Willen zu haben, ist sicher nicht sinnvoll.

***Wie sehen Sie die Situation mit der Medicnova. Wäre es für Sie ein gangbarer Weg, das Landesspital nach Bendern zu verlegen?***

Das hängt von den langfristig besseren Konditionen ab. Dazu werden bekanntlich erst noch die entsprechenden Berechnungen erstellt. Viel Geld für die Medicnova wird man aber vermutlich nicht einsetzen können, das hat auch die Landtagsdebatte deutlich gezeigt.

***Da herrschte die Meinung vor, dass man privaten Investoren von staatlicher Seite her keinen Rettungsring auswerfen sollte.***

Ja, natürlich muss man aufpassen, keinen Präzedenzfall zu schaffen. Ein Kauf sollte nur getätigt werden, wenn er sich wirtschaftlich begründen lässt.

**Reformbedarf sehen Sie auch im Bereich der Familienpolitik. Sie haben in der letzten Thronrede darauf hingewiesen, dass es Eltern möglich sein sollte, das Kind im ersten Jahr selbst zu betreuen. Eine grossangelegte Familienumfrage hat gezeigt, dass drei Viertel der Eltern einen bezahlten Elternurlaub begrüssen würden, idealerweise mit einer Lohnfortzahlung von 80 Prozent. Müssten in dem Bereich jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden?**

Die Finanzierung eines solchen Modelles wird eine grosse Herausforderung sein. Eine Lohnfortzahlung in der Höhe von 80 Prozent wird wahrscheinlich kaum ohne eine Erhöhung der Steuern oder Lohnnebenkosten möglich sein. Grössere Chancen hätte man vermutlich mit einem schrittweisen Vorgehen. Das zeigt sich auch in der Familienumfrage. Die Bereitschaft selbst bei den betroffenen Eltern, für den Elternurlaub mehr Steuern zu zahlen, war nicht sehr hoch. Es braucht also sicher noch einige Überlegungen und die Bereitschaft, innovativ zu denken. Vielleicht wäre es sinnvoll, auch die Gemeinden in die Finanzierungsüberlegungen miteinzubeziehen.

**Aber Sie werden an dem Thema dranbleiben und den Druck hochhalten?**

Ja, ich werde sicherlich an dem Thema dranbleiben. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erachte ich in mehrfacher Hinsicht als wichtig. Sie ist nicht nur ein Anliegen der Eltern, sondern auch aus wirtschaftspolitischer Sicht von Bedeutung, insbesondere für die Unternehmen, die sich in einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt als attraktive Arbeitgeber positionieren müssen. Ausserdem wäre es aus gesundheits- und bildungspolitischer Sicht das Beste, wenn die Kinder im Normalfall im ersten Jahr von ihren Eltern betreut werden könnten. Sie sehen, es gibt viele Gründe, für dieses Thema eine gute Lösung zu suchen.

**Wobei die Wirtschaft bereits abblockt – gerade in kleineren Unternehmen könnte der Elternurlaub organisatorisch zu Problemen führen, weil Arbeitskräfte länger ausfallen würden.**

Natürlich, grössere Unternehmen tun sich leichter, Lösungen zu finden. Sie tun sich auch leichter, Kindertagesstätten einzurichten oder Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Vielleicht wäre es aber möglich, die Kleinheit unseres Landes und die kurzen Wege zwischen Behörden, Unternehmen und Verbänden zu nutzen, um durch innovative Lösungen die Situation auch für kleine Betriebe zu verbessern. So hat z.B. die Wirtschaftskammer vor einiger Zeit bei den Lehrlingen die Verbundausbildung eingeführt. Möglicherweise könnten ähnliche Ansätze auch bei einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfolgreich sein.

**Mit der LGT ist das Fürstenhaus ja im Besitz einer Bank. Sie könnten als Vorreiter fungieren und einen Elternurlaub einführen. Wäre das was?**

Ja. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch für die LGT ein Thema. Man macht sich Gedanken, was optimiert werden könnte.

**Es gibt aber auch Frauen und Männer, die sich bewusst dafür entscheiden, die Berufstätigkeit zugunsten der Familie aufzugeben. In der Familienumfrage wurde deutlich, dass viele Familienfrauen und -männer unter mangelnder Wertschätzung leiden. Während sich früher berufstätige Mütter rechtfertigen mussten, werden heute Hausfrauen schief angeschaut. Sehen Sie eine Möglichkeit, die Wertschätzung zu steigern? Beziehungsweise ist das aus staatlicher Sicht überhaupt sinnvoll?**

Meiner Ansicht nach ist es im Interesse des Staates, den Eltern zu ermöglichen, zumindest im ersten Lebensjahr das Kind selber betreuen zu können. Es geht aber nicht nur um die finanzielle Wertschätzung. Wichtig wäre auch, bei den Unternehmen eine Kultur zu etablieren, dass die Eltern eine Verbindung zum Berufsleben bewahren können und sich das Nutzen von Teilzeitangeboten nicht negativ auf die Karrieremöglichkeiten auswirkt.

***Tagesschulen, Tagesstrukturen oder der Ausbau von Blockzeiten, auf dem Bereich hat sich in den letzten Jahren schon was bewegt, müsste noch mehr getan werden?***

Ja, da könnte man noch mehr tun.

***Inwiefern?***

Beispielsweise indem man die Blockzeiten an Schulen noch weiter ausweitet als bisher angedacht. Unsere privaten Schulen wie die Formatio oder die Waldorf-Schule und Schulen im Ausland zeigen, dass ohne allzu grossen Aufwand schon einiges bewirkt werden kann. Im Bereich der staatlichen Schulen wird man dafür jedoch eine andere Organisation des Schulwesens benötigen. Dazu müssen sich die Schulen weitgehend autonom organisieren können, damit sie aus den heutzutage vielfach als Einzelkämpfer nur auf ihre Unterrichtsstunden ausgerichteten Lehrkräften fein abgestimmte Teams entwickeln, die auch ausserhalb ihrer Unterrichtsstunden die Schüler während des ganzen Schultages optimal betreuen.

***Es bräuchte auch einen Kulturwandel. In Liechtenstein ist es nach wie vor so, dass sehr viele Schulkinder das Mittagessen daheim bei den Eltern einnehmen. Das ist ja sogar in den weiterführenden Schulen noch ein Thema, wie das Beispiel Schulzentrum Unterland II in Ruggell zeigt. Ein Argument für den Bau des Zentrums ist, dass die Kinder dann daheim die Mittagszeit verbringen können.***

Es ist natürlich schön, wenn man sich gemeinsam zum Mittagessen trifft. Aber wenn ich mir das Gymnasium so anschau, dann haben dort schon zu meiner Zeit die Ruggeller oder die Balzner in der Mensa gegessen. Und wenn ich mir das proportionale Wachstum des Gymnasiums in den letzten Jahrzehnten anschau, dann rückt der Wunsch nach einem gemeinsamen Mittagessen offensichtlich schnell in den Hintergrund, wenn jemand die Möglichkeit hat, das Gymnasium zu besuchen.

***Wenn wir beim Schulzentrum Unterland II bleiben: Gibt es aus Ihrer Sicht stichhaltige Argumente, die den Bau eines weiteren Schulzentrums rechtfertigen? Die Schülerzahlen sind ja dafür nicht ausschlaggebend, die werden in den nächsten Jahren ja voraussichtlich konstant bleiben.***

Ja, aus Sicht der Demografie ist ein solcher Neubau nicht unbedingt notwendig. Es ist aber so, dass bei uns die staatlichen Schulbauten auch eine über das rein schulische hinausgehende Infrastrukturfunktion haben, beispielsweise im Bereich der Turnhallen. Aus so einer Gesamtsicht mag es für diesen Bau im Unterland einen gewissen Bedarf geben.

***Im Bildungsbereich ist auch der Lehrplan 21 ein Thema. Dieser wurde vor der Sommerpause einem breiten Bevölkerungskreis vorgestellt. Sie haben eingangs angesprochen, dass das Bildungssystem stärker auf die Herausforderung der zunehmenden Digitalisierung ausgerichtet werden soll. Wird dem genügend Rechnung getragen?***

Ja, in dem Bereich tut sich einiges. Neben dem Lehrplan gibt es bereits Initiativen in verschiedenen Schulen. Ausserdem wurde das Experimentierlabor PepperMINT erfolgreich lanciert, das die Kompetenzen im MINT-Bereich stärken soll. Wichtig wäre aus meiner Sicht, dass nach der Einführung des Lehrplans 21 auch die Bildungsstrategie 2025 weitere Verbesserungen bringt. Wir sollten unser Bildungssystem flexibler und dezentraler ausgestalten, damit es sich in einem gewissen Wettbewerb unter den Schulen noch besser an den Bedürfnissen der Eltern und Schülern einerseits und der Lehrer andererseits ausrichtet. Dazu sollten wir uns mit Themen wie mehr Schulautonomie, dem Aufheben der Schulbezirke, Anpassungen bei der Bildungsfinanzierung und damit beschäftigen, wie einerseits über das Bildungsangebot optimal informiert und andererseits die Belastung der Schulen durch Tests möglichst niedrig gehalten werden kann.

***Da wären wir beim Thema Bildungsgutscheine – ein Wunsch, den Ihr Vater immer wieder geäußert hat.***

Die Finanzierungsfrage ist eines von mehreren Elementen. Die Stärkung der Schulautonomie und Wahlfreiheit sowie bessere Qualitäts- und Leistungsmessungen für die Schulen halte ich aber für wichtiger. Die Bildungsfinanzierung sollte so angepasst werden, dass sie die anderen Elemente bestmöglich unterstützt. Dazu benötigt es meiner Ansicht nach aber nicht unbedingt Bildungsgutscheine.

***Eingangs haben Sie auch noch die Finanzplatzstrategie angesprochen – Sie haben gesagt, dass man die letzten Schritte der Transformation noch machen sollte. Was fehlt noch?***

Da sind die verschiedenen Branchen unterschiedlich weit – die Banken beispielsweise haben die Transformation schon sehr weit durchlaufen. Im Treuhandbereich gibt es solche, die auch schon recht weit sind, und andere, die noch Nachholbedarf haben. Die Reform der Selbstregulierung der Treuhänder, die die Treuhandkammer kürzlich beschlossen hat, ist ein weiterer Schritt.

***Ist diese Reform ausreichend? Genügt es, die Selbstregulierung zu verbessern oder bräuchte es eine externe Aufsicht durch die FMA?***

Ob die Reform in der Umsetzung funktioniert, muss man beobachten. Im Ausland hat man gemischte Erfahrungen mit der Selbstregulierung gemacht. Es kann funktionieren. Allerdings ist es nicht so einfach, sich unter Kollegen gegenseitig auf die Zehen zu treten. Falls dies der Treuhandkammer nicht gelingt, wird man eine verstärkte externe Aufsicht durch die FMA benötigen.

***Ebenfalls den Finanzplatz und die Treuhandbranche betreffen wird das neue Blockchain-Gesetz, das vor der Sommerpause in die Vernehmlassung geschickt worden ist. Sie haben dem Thema Anfang Jahr eher ungewollt Auftrieb verliehen. In einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender CNBC haben Sie gesagt, dass Kryptowährungen ein Thema seien, das man genauer beleuchten müsse. Das wurde dann dahingehend interpretiert, dass das Fürstenhaus in Kryptowährungen investiert. Diese Kunde verbreitete sich dann viral im Internet. Denken Sie, das Thema hat wirklich Potenzial für unser Land, ist es das neue PGR?***

Von CNBC wurde ich gefragt, ob ich die Investments des Fürstenhauses in Richtung Kryptowährungen diversifizieren möchte. Ich habe geantwortet, dass wir in dieser Richtung keine ausreichende Kompetenz haben, ich aber die Blockchain-Technologie im weiteren Sinne sowohl für Bereiche der Wirtschaft als des Staates als sehr interessant beurteile. Zwar wurde daraus leider ein völlig aus dem Zusammenhang des eigentlichen Interviews gerissener Artikel fabriziert, wonach sich das Fürstenhaus mit Investments in Kryptowährungen positionieren möchte. Der Artikel hat aber geholfen, auf die Bemühungen in Liechtenstein um die Blockchain-Technologie aufmerksam zu machen. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir dieses Thema frühzeitig und proaktiv angehen. Es ist sicher einiges Potenzial vorhanden, das aber auch gut reguliert gehört. Wenn man sich dem verschliesst, dann kann man das Potenzial nicht heben, und wenn man es zu passiv angeht, dann sieht man wahrscheinlich die Gefahren zu wenig.

***Noch ein ganz anderes Thema: Die Hochzeit von Prinz Harry und Meghan Markle in Grossbritannien hat auch bei uns im Mai viele vor den Fernseher gelockt. Diese royalen Hochzeiten sind ja jeweils mit sehr hohen Einschaltquoten gesegnet. Sie selber haben am 3. Juli vor 25 Jahren geheiratet. Wie beobachten Sie diesen Hype um diese Königshochzeiten, können Sie nachvollziehen, dass um diese ein solches Spektakel veranstaltet wird?***

Schon in früheren Jahrhunderten übten diese Hochzeiten eine gewisse Faszination aus. Sie hatten damals noch viel stärker eine politische Bedeutung, entsprechend wurden sie auch inszeniert. Diese

Faszination ist bis heute geblieben. Solche Hochzeiten haben etwas Märchenhaftes. In Märchen wie Aschenputtel oder Schneewittchen findet am Ende die Hochzeit mit dem Prinzen statt. Daher ist das Interesse durchaus nachvollziehbar (lacht).

***Sie sind ja ein Prinz und durften vor 25 Jahren selber eine solche Märchenhochzeit vor einem Millionenpublikum feiern. Wie hat es sich damals angefühlt, derart im Zentrum zu stehen?***

Naja, ans Publikum vor den Fernsehern haben wir in diesem Moment weniger gedacht. Es war einfach ein grosser Anlass. Neben der eigentlichen Hochzeit gab es auch noch verschiedenste andere Festlichkeiten, sowohl in Vaduz als auch in München. Entsprechend hat man das über mehrere Tage verteilt als grosse Festivität wahrgenommen.

***War das märchenhaft oder eher anstrengend?***

Es war natürlich auch anstrengend. Als Brautpaar hat man da wenig Zeit für sich selbst.

***Sie waren ja auch schon als Gast bei solchen Adelshochzeiten. Ist das so spektakulär, wie man sich das vorstellt oder eher steif?***

Das ist unterschiedlich und hängt auch davon ab, wie sie organisiert sind und wer daran teilnimmt. Natürlich laufen die Hochzeiten alle in einem sehr feierlichen Rahmen ab, aber es gibt auch lustige Elemente. Schön ist, wenn man alte Bekannte trifft. Unter den Monarchien kennt man sich neben den Hochzeiten auch von anderen Anlässen wie z.B. runden Geburtstagen.

***Und warum haben Sie Ihren 50. Geburtstag im Juni nicht grösser gefeiert?***

Für ein grosses Fest mit einer Einladung an alle Monarchien sind wir leider zu klein. Dafür fehlt uns die passende Infrastruktur und bei den Anforderungen für Logistik und Sicherheit würden wir auch an die Grenzen unserer Kapazitäten stossen.